

Hans Joachim Lauth

Der Staat in Lateinamerika. Die Staatskonzeption von Guillermo O'Donnell

Forschungen zu Lateinamerika Bd. 1, Breitenbach, Saarbrücken, 1985, 163 S.

Gegen Ende der ersten Hälfte der achtziger Jahre haben die bislang autoritär regierten Länder Südamerikas, Argentinien, Brasilien u. a. – mit der besonderen Ausnahme Chiles – begonnen, den demokratischen Weg einzuschlagen. War der Autoritarismus ein Zwischenspiel auf dem Weg zur Demokratie, die nach der optimistischen Ansicht führender (nord-)amerikanischer Politologen (s. Lipset u. a.) die notwendige Folge der sprunghaften sozio-ökonomischen Modernisierung und Industrialisierung ist? Oder ist jederzeit ein Rückfall in die südamerikanische Spielart des militärischen Caudillismo möglich?

Anlaß, über diese durchaus aktuelle Frage nachzudenken, bietet die hier anzuzeigende Mainzer politik-wissenschaftliche Staatsexamensarbeit, die als Band 1 der neu eröffneten Dissertations(Druck-)Reihe erscheint. Sie stellt einen argentinischen Politikwissenschaftler vor, dessen Hauptwerk »Modernization and Bureaucratic Authoritarianism« in 1. Auflage 1973 in Berkeley erschien, im Jahre des blutigen Sturzes Salvator Allendes durch Augusto Pinochet. Weltbewegend Neues hat O'Donnell nicht präsentiert; aber er hat sorgfältig recherchiert und – aus der Perspektive eines »Betroffenen« – beobachtet, was in der jüngsten Geschichte Südamerikas, vor allem in den als »Fallstudien« behandelten Ländern Argentinien und Brasilien, geschehen ist.

O'Donnell geht es – bezogen auf Südamerika – um die überall – in der entwickelten wie der sich entwickelnden Welt – behandelte Frage, unter welchen Bedingungen und in welchem Ausmaß der Staat Träger einer umfassenden gesellschaftlichen Entwicklung sein kann. Er geht insbesondere dem Problem nach, wie das weltweite Ansteigen der Staats-tätigkeit in der Dritten Welt unter diesem Gesichtspunkt zu bewerten ist. Das Werk O'Donnells läßt sich in zwei Phasen unterteilen, die der Verfasser untersucht: die Zeit seines modernisierungstheoretischen Konzepts und die – noch andauernde – Periode marxistischer Lehren.

Die in den sechziger und siebziger Jahren erschienenen Schriften entwickeln eine interessante Alternativposition zu der in den USA florierenden These, wirtschaftliche Entwicklung habe notwendiger – oder doch (hoch-)wahrscheinlicherweise Demokratisierung zur Folge. Diese Theorie ist heute aufgegeben worden, hat jedenfalls an Glanz und Plausibilität eingebüßt. O'Donnell sagt, daß (jedenfalls für Südamerika) eine bessere sozio-ökonomische Entwicklung mehr politische Pluralität mit sich bringe. Mit einsetzender Industrialisierung steige die soziale Differenzierung und damit auch die politische Aktivierung von Gruppen und Interessen. Diese Entwicklung führe aber auf Grund des Gegeneinanders der Interessengruppen und mangelnder Kohärenz der Gesamtgesellschaft nicht zu mehr Demokratie, sondern zu einem bürokratisch-autoritären System. Das ist O'Donnells Kernbegriff und das Resultat seiner empirischen Forschungen. Kennzeichen des bürokratisch-autoritären Systems – wie wir es in anderer, vor allem ideologischer Ausprägung ja auch in den sozialistischen Staaten kennen – sind die Ordnungsfunktio-

nen des Staates, welche sich in Form einer technokratischen Diktatur mit monolithischen Zügen ausdrückt und den Ausschluß des Volkes von der Machtkontrolle bewirkt sowie die Durchsetzung eines wirtschaftlichen Normalisierungsprogrammes mit dem Ziel einer vertikalen Industrialisierung mittels des internationalen Kapitals. O'Donnell beschreibt und erläutert plausibel, wie dieses System sich zunächst in Brasilien und Argentinien, dann in Uruguay und Chile, schließlich auch in Griechenland und (früher) Spanien entwickelte.

Das zweite von O'Donnell eingeführte Kennzeichen des bürokratischen Autoritarismus zeigt schon den verborgenen, dann sich entfaltenden Neomarxisten, den Stamokap-Wissenschaftler. Die Grundthese, daß das Entstehen des von ihm beschriebenen Systems mit einem bestimmten Grad von Modernisierung eng korreliert ist – eine wertneutrale, deskriptive These – wird präzisiert und marxistisch »unterfangen«. O'Donnell verankert jetzt das Entstehen des bürokratischen autoritären Staates in einer kapitalistischen Gesellschaft besonderer Prägung: einer Gesellschaft des abhängigen, ungleichen, hochindustrialisierten Spätkapitalismus. Die Sache wird ideologisch: Der Staat vertritt das Interesse der korporatistischen Bourgeoisie; die »Repräsentation organisierter Interessen« (J. H. Kaiser) schließt die Beteiligung des Volkes aus. Der bürokratisch-autoritäre Staat betreibt eine integrierte, vertikale Industrialisierung – Fertigung von Produktions- und Kapitalgütern – statt einer (demokratischen) horizontalen Industrialisierung – Produktion von einfachen Konsumgütern. Nur der Staat und internationale Großunternehmen – der Staat sozusagen als ein –Das!– nationale Großunternehmen – sind in der Lage, diese Art der Modernisierung zu betreiben. Der Staat normalisiert den Wirtschaftsprozeß und stabilisiert das politische System; der Staat ist Garant und Organisator der Klassenherrschaft.

Die kurze Darstellung der Lehre O'Donnells zeigt, daß – wie so häufig – der junge Autor sachnäher und origineller war. Das ergibt sich auch aus Lauths »Rezeption« genannter kritischer Analyse des Konzepts. Die abschließende »Bewertung« ist vorsichtig, wohltuend zurückhaltend gegenüber der »Großthese« des (marxistischen) O'Donnell. Die Arbeit ist klar gegliedert. Sie liest sich insgesamt glatt, wenngleich streckenweise die deutsche Sprache durch englische Begriffe – O'Donnell schreibt englisch – reichlich durchsetzt ist. Spätestens in seiner Dissertation wird der Autor auch unzulässige Anglizismen – Migrant, adoptieren – ausreuten: Wenn Lauth bei seinem Leisten bleibt, könnte eine selbständig-kritische Analyse des südamerikanischen Weges entstehen.

Ulrich Karpen